

Liebe Leserinnen und Leser,

auf EU-Ebene wird immer noch diskutiert und nicht gehandelt. Statt eine Entscheidung über die EU-weite Finanztransaktionssteuer in den europäischen Gremien herbeizuführen, wollen die skeptischen EU-Mitgliedstaaten weiter beraten. Eine Ratsarbeitsgruppe soll Anfang Dezember über volkswirtschaftliche Auswirkungen diskutieren, die EU-Finanzminister werden in den folgenden Wochen dann weiter debattieren. Damit ist bis auf weiteres auch eine Einführung auf Ebene der Eurozone blockiert.

Mittelfristig sind die Chancen für eine Eurozonen-Lösung dafür aber gestiegen: Die Niederlande haben als bisher entschiedenster Gegner in der Eurozone ihren prinzipiellen Widerstand gegen eine Finanztransaktionssteuer aufgegeben. In Deutschland hat sich das CDU-Präsidium offiziell zu einer Eurozonen-Lösung bekannt, der Druck auf die FDP wächst.

Auf Ebene der G20 kam es erwartungsgemäß nicht zu einem Durchbruch. Die Finanztransaktionssteuer ist inzwischen von den weltweiten Verhandlungen aber nicht mehr wegzudenken.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Ergebnisse des G20-Gipfels
- Öffentliche Anhörung am 30.11. im Bundestag
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

26. Oktober: [Bamberg](#) unterstützt per einstimmigem Beschluss als 13. Kommune die Kampagne Steuer gegen Armut.

26. Oktober: In einem gemeinsamen [Entschließungsantrag](#) zum EU-Krisengipfel fordern die Koalitionsfraktionen sowie SPD und Grüne von der Bundesregierung, auf eine zügige Entscheidung zur Finanztransaktionssteuer in den europäischen Gremien hinzuwirken.

24. Oktober: Bayerns Finanzminister [Fahrenschon](#) würde die Finanztransaktionssteuer notfalls nur auf Ebene der Eurozone einführen.

24. Oktober: Das [CDU-Präsidium](#) beschließt, die Finanztransaktionssteuer notfalls nur in der Eurozone einführen zu wollen.

22. Oktober: Die [Finanzminister der Bundesländer](#) fordern einige Ausnahmen von der Finanztransaktionssteuer.

21. Oktober: [TV Berlin](#) berichtet über eine Aktion der Kampagne vor dem Kanzleramt.

19. Oktober: Die Union erwägt, [Hochfrequenz-Computerhandel](#) zu verbieten - oder ihn mit einer Finanztransaktionssteuer einzudämmen.

17. Oktober: Die Kampagne "[Steuer gegen Armut](#)" feiert ihren zweijährigen Geburtstag!
16. Oktober: Der neue evangelische [Landesbischof von Bayern](#), Heinrich Bedford-Strohm, will sich für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen.
15. Oktober: CDU-Generalsekretär [Hermann Gröhe](#) spricht sich für eine Vorreiterrolle der Eurozone bei der Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus.
15. Oktober: Nach einem Treffen der [G20-Finanzminister](#) sieht Bundesfinanzminister Schäuble keine Chance für eine weltweite Finanztransaktionssteuer. Deswegen müsse die Steuer in Europa eingeführt werden.
14. Oktober: Die Finanztransaktionssteuer könne auch nur in der Eurozone eingeführt werden, meint [Unions-Chef Volker Kauder](#) und will davon auch die FDP überzeugen.
14. Oktober: [Angela Merkel](#) beschwert sich über Länder außerhalb des Euroraums, die keine Finanztransaktionssteuer einführen wollen.
14. Oktober: Eine Finanztransaktionssteuer wäre ein wichtiger Beitrag zur Gerechtigkeit, so der [Bundesrat](#) in einer Stellungnahme.
13. Oktober: [Schäuble](#) lässt die ihm zugeschriebene Aussage zum nationalen Alleingang bei einer Finanztransaktionssteuer dementieren: die niedrigste Ebene sei ein Währungsraum.
13. Oktober: Finanzminister [Schäuble](#) will die Finanztransaktionssteuer notfalls auch im nationalen Alleingang einführen.
12. Oktober: FDP-Europapolitiker [Wolf Klinz](#) spricht sich für eine europäische Finanztransaktionssteuer aus.
12. Oktober: Das Präsidium des [EU-Ausschusses der Regionen](#) begrüßt die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
8. Oktober: [CSU-Chef Horst Seehofer](#) will an der Finanztransaktionssteuer festhalten und "nicht lockerlassen".

Entwicklungen im Ausland:

31. Oktober.: Die [USA](#) hätten lieber eine Bankengebühr als eine Finanztransaktionssteuer.
30. Oktober: Schlapper Brief der [EU-Spitze](#) (Barroso und van Rompuy) an die G20: "Die Finanztransaktionssteuer solle sondiert und weiterentwickelt werden".
29. Oktober: Die [Robin Hood-Steuer](#) ist Teil der Occupy Wall Street-Bewegung.
28. Oktober: Der [Bürgermeister von London](#) wendet sich in einem Brief an die EU-Kommission gegen die Pläne zur Finanztransaktionssteuer.
27. Oktober: [Russland](#) will keine Finanztransaktionssteuer einführen, sagt Präsidentenberater Arkady

Dvorkovich. Moskau soll nämlich in den nächsten fünf Jahren zu den fünf größten Finanzzentren gehören...

26. Oktober: Der zweigeteilte EU-Gipfel endet. In der [Abschlussklärung](#) heißt es lediglich: "Die gesetzgeberische Arbeit an den Kommissionsvorschlägen für eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer und für eine Finanztransaktionssteuer ist im Gange".

26. Oktober: Zwei [US-amerikanische Abgeordnete](#) der Demokraten wollen einen neuen Anlauf für eine Finanztransaktionssteuer starten.

25. Oktober: Das [Europäische Parlament](#) fordert die G20 mit großer Mehrheit (594:62:3) auf, sich unverzüglich über die Grundzüge einer weltweiten Finanztransaktionssteuer zu verständigen.

25. Oktober: Mehr als [1000 Krankenpfleger](#) protestieren in den USA für eine Finanztransaktionssteuer.

24. Oktober: Rückenwind aus dem [Vatikan](#): Eine Finanztransaktionssteuer könne für mehr Entwicklung sorgen und würde die Bildung weltweiter Reserven ermöglichen, mit denen Krisenländer gestützt und Schulden abgebaut werden können.

24. Oktober: Der erste Teils des geteilten [EU-Gipfels](#) bringt keinen Fortschritt bei der Finanztransaktionssteuer: "Der Europäische Rat nimmt den Vorschlag der Kommission für eine Finanztransaktionssteuer zur Kenntnis".

22. Oktober: Auch die [Niederlande](#) unterstützen nun die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Eine Einführung "nur in wenigen Staaten" lehnt der niederländische Premier Mark Rutte aber ab.

21. Oktober: Vertreter der weltweiten Finanztransaktionssteuer-Kampagne überreichen Nicolas Sarkozy [500.000 Unterschriften](#) für eine Robin Hood-Steuer.

21. Oktober: Der französische Präsident [Sarkozy](#) fordert die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung durch eine Gruppe von Staaten.

21. Oktober: Wider Erwarten wird die Finanztransaktionssteuer nicht Bestandteil eines [Aktionsplans](#), der beim G20-Gipfel vorgestellt werden soll.

17. Oktober: Eine Finanztransaktionssteuer würde Kursschwankungen vermindern, argumentiert Finanzminister [Schäuble in London](#).

17. Oktober: Die [indische Regierung](#) lehnt die Pläne für eine Finanztransaktionssteuer im Rahmen der G20 ab.

12. Oktober: Bei einem Waretermingeschäft seien rund 2 Cent Finanztransaktionssteuer pro t Getreide beim derzeitigen Preisniveau kein Grund zur Aufregung, so ein im [Getreidehandel](#) Beschäftigter aus Österreich.

10. Oktober: Die [tschechische Regierung](#) ist ein entschiedener Gegner der Finanztransaktionssteuer.

6. Oktober: [Ed Miliband](#), der Vorsitzende der britischen Labour-Party, will eine EU-weite Finanztransaktionssteuer.

5. Oktober: Die [kanadische Regierung](#) wird sich bei den G20 einer Finanztransaktionssteuer widersetzen.
5. Oktober: Nach Worten des irischen Finanzministers [Noonan](#) gäbe es Risiken der Verlagerung, wenn die Briten bei einer Finanztransaktionssteuer nicht mitmachen würden.
5. Oktober: Die Finanztransaktionssteuer müsse global eingeführt werden, so der scheidende Präsident der EZB [Trichet](#).
4. Oktober: Die Finanztransaktionssteuer müsse global eingeführt werden, so der [australische Finanzminister](#).
4. Oktober: Kann die EU-weite Finanztransaktionssteuer über eine [Hintertür](#) gegen das Veto der Briten eingeführt werden?
1. Oktober: EU-Haushaltskommissar [Janusz Lewandowski](#) will den "Britten-Rabatt" als Druckmittel nutzen, um Großbritanniens Regierung zur Zustimmung zur EU-Finanztransaktionssteuer zu bewegen.

G20-Gipfel

Am 3./4. November trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Cannes. Die französische Präsidentschaft hatte seit Beginn des Jahres verschiedene Initiativen zur Beratung der Finanztransaktionssteuer unternommen. Überschattet wurde aber der Gipfel von der weiterhin ungelösten Eurokrise. Andere Themen hatten es demzufolge schwerer. Es gibt dennoch Positives zu berichten. Prominenz bekam unsere Forderung durch den Bericht von [Bill Gates](#), der eine Finanztransaktionssteuer als eines von verschiedenen innovativen Instrumenten zur Finanzierung von Entwicklung vorgeschlagen hat. Trotz starker Gegenwehr hat es die FTS auch in die Abschlusserklärung geschafft:

"We discussed a set of options for innovative financing highlighted by Mr Bill Gates. Some of us have implemented or are prepared to explore some of these options. We acknowledge the initiatives in some of our countries to tax the financial sector for various purposes, including a financial transaction tax, inter alia to support development." (G20 leaders communiqué)

Zu einer weltweiten Finanztransaktionssteuer wird es in nächster Zeit nicht kommen. Unterstützung bekam die Steuer zwar von einigen Staaten, neben Deutschland, Frankreich und Spanien auch von Brasilien, Argentinien und Südafrika. Neben den USA, Großbritannien, Australien und Kanada hatten sich aber auch Schwellenländer, darunter Indien, die Türkei und Mexiko, gegen die Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Eine weitere Analyse des Gipfels, u.a. von Peter Wahl (WEED), findet sich [hier](#).

Natürlich gab es neben dem Treffen der Großkopferten auch eine rege Beteiligung aus der Zivilgesellschaft. Die Zustimmung zu unserer Forderung war dort sehr viel größer, wie verschiedene [Bilder](#) beweisen.

Am 21.10.2011 in Paris haben Vertreter der französischen Robin Hood-Steuer-Kampagne ("Taxe Robin des Bois") 500.000 weltweit gesammelte Unterschriften an Präsident Sarkozy übergeben ([Foto](#)). Die deutsche Kampagne hat im Vorfeld mehr als 230.000 Unterschriften an Finanzminister Schäuble übergeben ([Foto](#)).

30.11.: Öffentliche Anhörung zur Finanztransaktionssteuer im Bundestag

Am 30. November 2011 findet von 13-16 Uhr im Deutschen Bundestag eine öffentliche Anhörung des Finanzausschusses zur Finanztransaktionssteuer statt. Bestandteil sind der Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission, der gemeinsame Vorschlag der deutschen und französischen Regierung sowie ein Antrag der SPD zu einer deutsch-französischen Initiative. Die Fraktionen haben Sachverständige geladen, darunter auch unsere Kampagne. Zu den von SPD, LINKE und Grüne geladenen Sachverständigen gehören Stephan Schulmeister, Lieven Denys, Sony Kapoor, Gustav Horn und andere versierte Kenner der Steuer. Mit Attac, dem DGB und der Bank für Kirche und Caritas sind auch weitere Mitgliedsorganisationen der Kampagne vertreten. Die Koalitionsfraktionen haben dafür die Bafin, die Deutsche Bank, den Bundesverband für Investment und Asset Management und ähnliche Institutionen benannt.

Wer an der Anhörung teilnehmen möchte, kann sich dafür ab nächster Woche beim [Sekretariat des Finanzausschuss](#) unter Angabe von Name und Geburtsdatum anmelden. Die Kampagne führt im Anschluss noch ein internes Strategieggespräch durch.

Neue Studien und Stellungnahmen

Lieven Denys: "Konzept zur Implementierung einer länderübergreifenden Finanztransaktionssteuer"
(Blueprint for the implementation of a Multilateral and multi-jurisdictional Tax on Financial Transactions)

Im Vorfeld des G20-Gipfels fand am 21. Oktober in Paris eine hochrangige Entwicklungs-Konferenz statt. Im Rahmen dieser Konferenz wurde ein "Konzept zur Implementierung einer länderübergreifenden Finanztransaktionssteuer" vorgestellt. Teile dieses Konzepts sind als Studie auf der Webseite der [UN Leading Group for the Finance of Development](#) eingestellt. Das Konzept enthält Vorschläge für eine von einer Staatenkoalition eingeführte und breit angelegte Finanztransaktionssteuer mitsamt Steuersätzen und Details zur Erhebung. Die Steuer und die dazu nötigen Erhebungsmechanismen wären rechtskonform; die Einnahmen der Steuer würden durch einen gemeinsamen Rat verwaltet und zur Entwicklungsfinanzierung genutzt.

Unitaid: "Tax of Financial Transactions: A Case for France"

Die im letzten Newsletter vorgestellte Studie ist inzwischen auch in Englisch verfügbar:
<http://www.unitaid.eu/en/component/content/article/360.html>

Kampagnenaktivitäten

Robin Hood-Aktion am 21. Oktober

Vor dem EU-Ratstreffen machte am 21. Oktober die Aktionsgruppe der Kampagne vor dem Kanzleramt auf unser Anliegen aufmerksam. Angela Merkel wusste keine rechte Verwendung für zwei riesige Münzen aus Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer. Deswegen wiesen ihr Robin Hood und Gefährten mit Schildern den Weg: ein großes Tor mit der Aufschrift Armutsbekämpfung und Klimaschutz, hinter dem ihr Freund Nikolas Sarkozy auf sie wartete...

Bild der Aktion bei [Attac](#), Video von [Oxfam](#) und [TV Berlin](#).

Die Aktion wurde im [Neuen Deutschland](#) und verschiedenen Regional- und Internetzeitungen aufgegriffen. Auch "Le Monde" brachte ein Bild der Aktion. Ein Ausschnitt geriet sogar auf die erste Seite der [Welt](#) - im Text dazu hieß es allerdings "die Aktivisten wollten den Wert des Euros retten..."

Filmspot

Ein neues, von Oxfam produziertes Video erklärt die "Steuer gegen Armut" in nur 84 Sekunden. Zum Video: <http://www.youtube.com/watch?v=ou8KEnSehbl>

Unterschriftenübergabe

Im Vorfeld des G20-Gipfels wurde Finanzminister Schäuble auf die starke Unterstützung für eine Steuer gegen Armut hingewiesen. Detlev von Larcher (Attac) und Paul Bendix (Oxfam) übergaben 171 000 Unterschriften, die für die Kampagnenpetition sowie bei anderen Anlässen gesammelt wurden. Prälat Felmeberg überreichte parallel 71 000 Unterschriften für die Evangelische Kirche. [Foto](#) zur Übergabe.

Mitgliederversammlung der Kampagne, Brief an Bundesregierung

Die Mitgliedsorganisationen von Steuer gegen Armut trafen sich am 13. Oktober in Berlin zur zweiten Mitgliedskonferenz in diesem Jahr. Die Kampagne verständigte sich über aktuelle Entwicklungen und Aktivitäten. Darüber hinaus verfasste die Kampagne einen Brief an die Bundesregierung mit folgendem Inhalt:

*Sehr geehrter Herr Minister Schäuble,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Koschyk,*

am 13.10.2011 beschäftigte sich die Mitgliederversammlung der Kampagne Steuer gegen Armut mit der jüngsten Entwicklung zu einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Wir möchten Ihnen hier die wichtigsten Ergebnisse unserer Diskussion mitteilen.

Wir halten es, anders als die Europäische Kommission, für sehr wichtig, dass auch der Handel mit Devisen besteuert wird. Die Begründung, eine Steuer auf diesen Handel sei mit der freien Bewegung des Kapitals nicht vereinbar, ist nicht stichhaltig. Wir begrüßen deshalb, dass die deutsch-französische Initiative ("Baroin-Schäuble-Brief") eine Besteuerung des Handels mit Devisen vorsieht.

Den Steuersatz von 0,01% auf den Handel mit Derivaten halten wir für zu niedrig, weil so die angestrebte Stabilisierungswirkung nicht entfaltet würde. Anders als ein gesplitteter würde ein einheitlicher Steuersatz von 0,05% zudem Diskussionen um Ausnahmen eingrenzen.

Wir begrüßen, dass die deutsch-französische Initiative Schwung in die Debatte in Europa gebracht hat. Wir bitten Sie dringend darum, die französischen Überlegungen zu unterstützen, Einnahmen aus der Steuer in die weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung der Armut und zum Schutz von Klima und Umwelt zu lenken.

Die nächste Mitgliederversammlung findet voraussichtlich am 2. Februar 2012 in Berlin statt.

Pressemitteilungen

21. Oktober:

**Finanztransaktionssteuer: Bündnis fordert deutsch-französisches Duett für Armutsbekämpfung
EU-Gipfel: Aktion von Oxfam, Attac und Jusos in Berlin**

Pressemitteilung anlässlich der Aktion der Kampagne vor dem EU-Gipfel, bei dem ursprünglich über die Finanztransaktionssteuer beraten werden sollte. Merkel und Sarkozy sollen Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zur Armutsbekämpfung und für weltweiten Umweltschutz verwenden.

[Mehr...](#)

1. November:

**Schweres Gepäck für die Fahrt zum G-20-Gipfel nach Cannes - Finanzminister Schäuble nimmt
232.000 Unterschriften für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer entgegen**

Die Kampagne "Steuer gegen Armut" hat in den zwei Jahren ihres Bestehens über 230.000 Unterschriften für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer zur Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt sowie zum Schutz von Klima und Umwelt gesammelt. Diese Unterschriften wurden kurz vor dem G-20-Gipfel in Cannes an Finanzminister Wolfgang Schäuble übergeben.

[Mehr...](#)

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org, auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an finanztransaktionsteuer@attac.de.